

Felix Butschek

Wirtschaftschronik

I. Quartal 1995

Die legislativen wie institutionellen Vorgänge in der europäischen und in der österreichischen Wirtschaftspolitik werden zu Jahresbeginn durch die Veränderungen in der EU dominiert. Da zu diesem Thema umfangreiche Studien auch des WIFO erschienen sind, beschränken sich die Hinweise der Wirtschaftschronik auf die wichtigsten Ereignisse.

1. Jänner: Die EU erfährt die größte Erweiterung seit ihrem Bestehen. Der Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens hat beträchtliche Revisionsmaßnahmen im Verwaltungsapparat der EU zur Folge.

10. Jänner: Der schwedische Finanzminister Persson legt für 1995 und 1996 einen Haushaltsplan vor, mit welchem das Budget stabilisiert werden soll. Dazu sind weitere tiefgreifende Einschnitte in das System der sozialen Sicherheit vorgesehen. So wird das Kindergeld generell reduziert, seine Stei-

27. Februar: Spekulationen eines Angestellten in der Filiale Singapur der Barings Bank London bringen so hohe Verluste, daß die Bank insolvent wird. Der Konkurs der Barings Bank erschüttert die Finanzmärkte und bewirkt u. a. einen Verfall des Pfund-Kurses. Auch der französische Franc und die italienische Lira stehen unter Druck.

gerung ab dem 3. Kind beseitigt. Kinderlose erhalten keine Wohnungsbeihilfe mehr, für Familien mit Kindern wird sie reduziert. Jugendliche unter 20 Jahren verlieren den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Die Rentenanpassung verringert sich, Kranken- und Karenzurlaubsgeld werden reduziert. Einnahmenseitig werden die Unternehmenssteuern erhöht sowie eine „Solidaritätsabgabe“ auf höhere Einkommen eingehoben.

Ausland

31. Jänner: Präsident Clinton gibt bekannt, daß Mexiko von den USA ein internationales Hilfspaket im Umfang von 47,5 Mrd. \$ erhalten soll. Davon stammen 20 Mrd. \$ aus dem Währungsstabilitätsfonds der USA und können ohne Zustimmung des Kongresses bewilligt werden. Den Rest steuern der Internationale Währungsfonds und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bei.

1. Februar: Die Notenbank der USA erhöht den Diskont- und Taggeldsatz um je $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt auf 6% und 5%. Es ist dies die siebente Zinsanhebung seit Februar 1994. In Großbritannien wird der Leitzins ebenfalls um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt auf 6% hinaufgesetzt.

24. Februar: In 22 bayrischen Betrieben der deutschen Metallindustrie beginnt ein Streik, der vorerst 11 000 Beschäftigte betrifft. Die Gewerkschaften fordern eine Lohnerhöhung um 6%; die Arbeitgeber erstatten kein Gegenangebot, sie wollen zunächst über Maßnahmen zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Betriebe verhandeln.

1. März: Die bayrische Industriegewerkschaft Metall dehnt den Streik auf weitere 11 Betriebe aus. Damit befinden sich die Belegschaften von 33 bayrischen Betrieben im Ausstand.

6. März: Im Rahmen des Europäischen Währungssystems werden die spanische Peseta um 7% und der portugiesische Escudo um 3,5% abgewertet. Der Dollar fällt in Wien erstmals unter die 10-S-Grenze, 100 Lire auf knapp 0,60 S und das britische Pfund auf 16 S.

In Kopenhagen wird die Tagung der Vereinten Nationen über „Soziale Fragen“ eröffnet. Der Schwerpunkt der Beratungen liegt auf der weltweiten Bekämpfung der Armut.

Die Spekulationsgeschäfte eines Angestellten der Barings Bank in Singapur führen durch die enormen Verluste nicht nur zur Insolvenz des Bankhauses, sondern erschüttern auch das Weltwährungssystem. Seither erleiden der Dollar und die weichen Währungen wiederholt Kursverluste.

7. März: Die Verhandlungen der Tarifparteien in der deutschen Metall- und Elektroindustrie ergeben eine Lohnerhöhung von knapp 4%, welche nach einem Stufenplan realisiert werden soll. Die 35-Stunden-Woche wird, wie bereits vereinbart, mit Lohnausgleich am 1. Oktober 1995 eingeführt.

13. März: Im Rahmen eines Stabilisierungspakets für die ungarische Wirtschaft wird der Forint um 9% abgewertet. Ab 20. März wird bis Mitte 1997 ein Importzollzuschlag von 8% eingehoben. Das Stabilisierungspaket sieht weiters Einschränkungen der Sozialleistungen, Personalabbau der Staatsunternehmen, einen Lohnstopp sowie die Einführung von Studiengebühren vor.

28. März: In Berlin wird die Klimakonferenz der UNO eröffnet. Vorrangiges Ziel der Tagung ist es, die Beschlüsse der Konferenz von Rio de Janeiro über die Reduktion des Ausstoßes von „Treibhausgasen“ in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Österreich

1. Jänner: Das neue Arbeitnehmerschutzgesetz regelt die Ermittlung und Beurteilung der Gefahren im Betrieb, die Einführung von Sicherheits- und Umweltschutzdokumenten, die Etablierung von Sicherheitsvertrauensperso-

Der unvermittelte Rücktritt von Finanzminister Lacina noch während der Budgetdebatte hat schließlich eine weitgehende Umbildung der Bundesregierung durch Bundeskanzler Vranitzky zur Folge. Dieser Prozeß dürfte allerdings bis zur Entscheidung über den Parteivorsitz in der Österreichischen Volkspartei noch nicht abgeschlossen sein.

nen, verbesserte Schutzmaßnahmen und Information bei Verwendung gesundheitsgefährdender Arbeitsmaterialien, das Recht auf Arbeitseinstellung in Gefahrensituationen sowie Arbeitnehmerschutzmaßnahmen für Bildschirmarbeiten.

3. Februar: Österreich schließt mit zwölf Staaten Osteuropas sowie mit der Mongolei und Nachfolgestaaten der UdSSR bilaterale Wirtschaftsabkommen ab. Diese Vereinbarungen sind eine notwendige Ergänzung der Beziehungen der EU zu diesen Ländern unter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereichs. Ziel der Abkommen sind die Intensivierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Bereich von Wirtschaft, Technologie und Industrie sowie die Unterstützung der österreichischen Exportbemühungen.

6. Februar: Die Bundesregierung und die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst einigen sich auf folgende Veränderungen im Beamtendienstrecht:

Die Pensionsbeiträge steigen mit 1. Mai 1995 um 1,5 Prozentpunkte auf 11,75%.

Die zweite Etappe der Besoldungsreform, welche am 1. Jänner 1996 in Kraft treten sollte (betreffend die A- und B-Beamten), wird verschoben.

Neu eintretende Beamten erreichen die Höchstpension erst mit 40 — bisher 35 — Versicherungsjahren.

Weiters entfällt die Haushaltszulage (die Kinderzuschläge werden jedoch hinaufgesetzt), der Todesfallsbeitrag wird auf 36 000 S begrenzt, der Selbstbehalt zum Fahrtkostenzuschuß erhöht, das Gehaltsabkommen bis 31. März 1996 verlängert; die Überstunden werden um 10% und die Be-
lohnungen um 50% gekürzt.

21. Februar: Nachdem bereits Anfang Februar in vielen österreichischen Geldinstituten die Kreditzinsen um etwa ½ Prozentpunkt erhöht wurden, steigen nunmehr die Einlagenzinsen um 0,75%. Die Anhebung betrifft vor allem Spareinlagen mit längerer Laufzeit. Die Verzinsung für täglich fällige oder 6 Monate gebundene Spareinlagen bleibt unverändert. Gleichzeitig werden Betriebsrats- und Wohnkredite verteuert.

24. Februar: Die BAWAG reduziert die Zinsen für Überziehungen auf Gehaltskonten von 11¼% auf 9¼%.

10. März: Die Handelskette „Konsum“ mit 17 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 33 Mrd. S muß den Ausgleich anmelden — die größte Insolvenz in Österreich seit 1945.

Der Nationalrat ändert das Ausländerbeschäftigungsgesetz dahin ab, daß der Bundesminister für Arbeit und Soziales mittels Verordnung arbeitslose Jugendliche, bosnische Kriegsflüchtlinge und Manager von der Quotenregelung ausnehmen kann, allerdings nur bis zu einem Höchstausmaß von 9% der Beschäftigten.

29. März: Finanzminister Lacina erklärt seinen Rücktritt.

31. März: Anläßlich der Wahl zur Wirtschaftskammer erhalten der Wirtschaftsbund 66,8% (—5,2 Prozentpunkte), der Ring freiheitlicher Wirtschaftstreibender 21,3% (+8 Punkte) und der Freie Wirtschaftsverband 9,9% (—2,1 Punkte) der Stimmen. Die restlichen Anteile entfallen auf Namens- und Fachlisten.

Nachdem die Deutsche Bundesbank den Diskontsatz von 4½% auf 4% gesenkt hat, setzt auch die Nationalbank den Diskontsatz von 4½% auf 4% und den Lombardsatz von 5½% auf 5¼% herab. Der für das Offenmarktgeschäft maßgebliche Gomex-Satz wird von 4,7% auf 4,45% reduziert. Dem Schritt der Deutschen Bundesbank schließen sich auch die Notenbanken der Niederlande, Belgiens und der Schweiz an.

1. April: Nach dem Rücktritt von Finanzminister Lacina bildet Bundeskanzler Vranitzky die Regierung um Frauenministerin Dohnal sowie Sozialminister Hesoun und Innenminister Löschnak treten zurück. Ihre Ressorts werden von Helga Konrad, Franz Hums und Caspar Einem übernommen. Finanzminister wird Andreas Staribacher, Staatssekretär im Bundeskanzleramt Karl Schlögl.

5. April: Arbeitskammer und Wirtschaftskammer bieten der neuen Regierung die Zusammenarbeit zur Budgetstabilisierung an. Direktor Muhm erklärt, die Budgetkonsolidierung stehe außer Streit, über die Form könne man diskutieren.

Abgeschlossen am 6. April 1995